

4. ETTERSBURGER GESPRÄCHE ZUM WIRTSCHAFTSSTANDORT DEUTSCHLAND NICHT NUR DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK STEHT AUF DEM PRÜFSTAND

Karl-Eckard Hahn

Was muß geschehen, damit Deutschland seine gefährdete wirtschaftliche Spitzenposition halten und wieder festigen kann? Dieser Frage waren die „4. Ettersburger Gespräche“ gewidmet, die im November 1993 in Weimar stattgefunden haben. Die Thüringer Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Christine Lieberknecht, hatte 25 Wissenschaftler, Politiker, Beamte und wirtschaftliche Praktiker in die Klassikerstadt eingeladen, um mit ihnen über die Konkurrenzfähigkeit des europäischen Wirtschaftsstandortes Deutschland zu reden. Frau Lieberknecht hat damit eine von ihr 1991 begonnene Dialogreihe fortgesetzt, in der drängende Zeitfragen abseits der täglichen Betriebsamkeit aus den unterschiedlichen Perspektiven durchdacht und diskutiert werden.

Das Gespräch stand unter dem Eindruck der wachsenden Arbeitslosigkeit. Darunter leiden nicht nur Betroffene selber, auch der soziale Friede und der politische Grundkonsens, durch den die deutsche Staats- und Gesellschaftsordnung getragen wird, drohen darüber verloren zu gehen. Diese sehr weitgehenden Sorgen teilte die Mehrzahl der von der Thüringer Europaministerin geladenen Gäste. Die Konjunkturdaten sprechen ihre eigene Sprache: Zu der hohen Arbeitslosigkeit kommen ein geringes Wirtschaftswachstum, das für 1994 zwischen 0 und 1,5 Prozent geschätzt wird, und im Außenhandel verliert Deutschland an Boden.

NEUE ARBEITSPLÄTZE HABEN HÖCHSTE PRIORITÄT

Bedingt durch die Wiedervereinigung ist der Schuldenberg so hoch wie nie, jede zehnte Steuermark geht inzwischen in den Kapitaldienst. Die Staatsquote, das Verhältnis der Staatsausgaben zum Brutto sozialprodukt, liegt derzeit bei über 50 Prozent. Doch selbst wenn die Konjunktur wieder anspringen sollte und es gelingt, die Schulden abzubauen, entstehen dadurch noch keine neuen Arbeitsplätze. Die Folgen reichen über den Arbeitsmarkt weit hinaus. Der Aachener Wirtschaftswissenschaftler Karl Georg Zinn erinnert an ein zentrales Problem: Wenn immer weniger Menschen arbeiten, bleiben auch die Kassen der Sozialversicherungen leer. Zu der Konjunkturkrise kommt ein geändertes weltpolitisches Umfeld und eine damit zusammenhängende Strukturkrise der deutschen Volkswirtschaft.

Für Stefanie Wahl vom Bonner Institut für Wirtschaft und Gesellschaft, der Denkfabrik Kurt Biedenkopfs, hinkt das Bewußtsein der tatsächlichen Lage noch weit hinterher. Sie ortete in Fernost und Ostmitteleuropa „ein Humankapital, das sich mit unserem auf offenen Wissens- und Kapitalmärkten durchaus messen lassen kann“. Beunruhigend ist für die Wissenschaftlerin auch eine genauere Analyse des deutschen Exports. Nicht so sehr der für 1992 festzustellende Einbruch sei dramatisch, sondern daß die Erfolge vielfach auf „absterbenden Märkten“ erzielt worden sind. Deutschland ist in Branchen stark, in denen billigere Anbieter mit ihrem know how immer besser mithalten können, wie z.B. der Automobil- und Maschinenbau. Auf den innovativen Märkten für Informations- und Computertechnik, bei Werkstoffen oder in der Bio- und Gentechnologie spielt Deutschland eine nachgeordnete Rolle.

TECHNOLOGIE- UND KOSTENKRISE ZUGLEICH

Der Wirtschaftsstandort Deutschland durchlebt derzeit also eine Kosten- und eine Technologiekrise. Er steht in traditionellen Bereichen mit den Niedriglohnländern und im innovativen Feld mit den Hochtechnologieländern in Konkurrenz. Der berechtigte Einwand einiger Teilnehmer, daß unser Land diese Situation mit den anderen EU-Partnern, ja den meisten OECD-Staaten teilt, legt allerdings nahe, Lösungsansätze nicht alleine auf nationaler Ebene zu suchen. Für die Diskutanten war unumstritten, daß sich Deutschland mit den Billiganbietern nicht in einen Wettkampf um die niedrigsten Löhne einlassen kann. Die denkbare Möglichkeit, den eigenen Markt deshalb vorübergehend abzuschotten, stellte nur Wilhelm Nölling, langjähriges Mitglied des Zentralbankrates der Bundesbank, zur Diskussion.

Auch wenn klar ist, daß der politische Rahmen schnell ausgereizt ist, spielen die Arbeitskosten eine große Rolle. Zurückhaltende Lohnabschlüsse und das neue Arbeitszeitgesetz, das flexiblere Arbeitszeiten und längere Maschinenlaufzeiten ermöglicht, weisen in diese Richtung. Der Präsident der Universität Witten/Herdecke, Konrad Schily, und andere Redner gingen darüber hinaus. Schily forderte einen „radikalen Abbau der Ansprüche“, stellte allerdings selbst die nachdenkliche Frage: „wie können wir sparen, wenn unser Gott der Konsum ist?“ Volker Nienhaus von der Universität Bochum warnte davor, ein Schreckensszenarium aufzubauen. Der Professor plädierte dafür, zunächst die sozialen Prioritäten zu definieren und meinte, es könne anschließend so umgeschichtet werden, „daß der Wegfall einiger Komponenten nicht so gravierend empfunden wird“. Zu Abstrichen sind in der Tat immer größere Teile der Bevölkerung bereit.

IST DIE DIENSTLEISTUNGSGESELLSCHAFT EIN WEG?

Dieser Weg hat allerdings seine Grenzen, und alleine wird er die nötigen Arbeitsplätze nicht bringen. Darüber gab es keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten. Auch darüber nicht, daß mehr Arbeitsplätze mit einer hohen Wertschöpfung bei den sogenannten Zukunftstechnologien entstehen müssen. Heftig umstritten blieb allerdings, ob die dadurch geschaffenen Spielräume durch einen sich ausweitenden Dienstleistungssektor ergänzt werden sollten. Tatsächlich scheint es hier noch Reserven zu geben. Die deutsche Volkswirtschaft hängt in ihrer Wertschöpfungsstruktur stärker als andere Länder von der Industrie ab. Noch etwa 40 Prozent der Erwerbstätigen verdienen auf industriellen Arbeitsplätzen ihr Brot. In den USA sind es 27 und in den anderen EU-Staaten zwischen 30 und 35 Prozent.

Niemand hatte etwas gegen hochwertige Dienstleistungen einzuwenden, aber soll es die Dienstmädchen und die „Gärtner beim Mittelstand“ wieder geben, wie Zinn pointiert in die Debatte warf. Besser diese als gar keine Perspektive, meinten andere mit Blick auf den sozialen Sprengstoff Arbeitslosigkeit. Spätestens hier stellt sich die von Burkhard Müller-Kästner aufgeworfene Frage, wohin der Strukturwandel führen soll, welche Zielbilder und Bezugsgrößen gültig sind. Eine Frage, die eine Gesprächsrunde nicht beantworten konnte, die sich zunächst vorgenommen hatte, die verschiedenen Optionen aufzuzeigen.

HUMANKAPITAL BLEIBT DER ZENTRALE PLUSPUNKT

Die ganze Diskussion setzt allerdings voraus, daß Deutschland in den innovativen Feldern wieder aufholt. Aber gerade türmen sich Hindernisse auf: Für Walter E. Theuerkauf von der Universität Hildesheim - und einzigem Ingenieur am Tisch - ist das Qualitätssiegel „Made in Germany“ schon fast ein Fall für die Geschichtsbücher. Ein Qualitätsvorsprung, der höhere Preise rechtfertigen könnte, sei vielfach nicht mehr feststellbar.

Wahl wies auf das innovationsfeindliche Klima Ende der 80er Jahre hin, als zwei Drittel der Bevölkerung angaben, auf technischen Fortschritt bei Risiko lieber verzichten zu wollen. Entsprechend restriktive Gesetze sind zumindest nach Ansicht des BDI die Folge.

Kann sich Deutschland also als Innovationsstandort abmelden? Ganz so dramatisch wollte es niemand sehen. Auch wenn die Zahl der angemeldeten Patente zurückgeht, das fehlende know how scheint nicht das zentrale Problem zu sein. Der Heidelberger Physiker und Forschungspolitiker Gisbert Freiherr zu Putlitz meinte zwar, es würden durch das Massenstudium viele „mitgeschleppt“ und die Effizienz der Forschung lasse vielfach zu wünschen übrig, aber die „deutschen Postdoktoranden gehen weg wie warme Semmeln“. Die größere Schwierigkeit, darin waren sich alle einig, liegt auf den verschlungenen Wegen von der Idee zum Produkt.

DEN WEG VON DER IDEE ZUM PRODUKT VERKÜRZEN

Die Meinungen über die Fehlerquelle gingen allerdings auseinander: Der Regensburger Wirtschaftsberater Detlef Marx warf den Unternehmen mangelnde Risikobereitschaft vor: „Heute muß der Erfinder beweisen, daß sein Produkt ein Weltschlager wird, sonst bekommt er nichts!“

Andere verwiesen auf eine falsche Vergabe öffentlicher Subventionen. Die jährlich 10 Milliarden D-Mark für den Kohlebergbau sollten besser in die Zukunftstechnologien fließen, Schwerpunkte durch eine konzentrierte Aktion von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft festgelegt werden. Schily warnte in diesem Zusammenhang allerdings vor überzogenen Hoffnungen und wies auf einen möglichen Denkfehler hin. Während vordem gute Ideen einfach umgesetzt worden seien, werde heute vielfach zunächst auf die Fördermöglichkeiten geschielt. „Manche Ideen wandeln dadurch ihre Gestalt und es verschwindet viel Geld“.

Damit hatte er eine heikle Frage berührt, die über das angeschnittene Teilgebiet weit hinausreicht: Die tatsächlichen Einflußmöglichkeiten des Staates zugunsten innovativer Produkte. Ist der technologische Fortschritt plan- und steuerbar? Kann der Staat über Hilfen für Airbus, Ariane, ICE und Transrapid und andere Produkte, durch eine gezielte Industriepolitik also, Deutschland zu einem Standort für neue Spitzentechnologien entwickeln? Hier prallten volkswirtschaftliche Glaubenssätze aufeinander. Hartmut Reichel, Mitarbeiter im Büro von Zeiss-Chef Lothar Späth, plädierte dafür, Schwerpunkte zu setzen und die Mittel zu konzentrieren, während Manfred Wegner vom „Institut für Wirtschaftsforschung“ in Halle diesen Ansatz strikt ablehnte. Das als Beispiel stets bemühte japanische MITI funktioniere in einem völlig anderen kulturellen Umfeld.

UMFELD DER WIRTSCHAFTSPOLITIK BEACHTEN

Den Kontext der Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa analysierten die Teilnehmer auch noch aus anderen Perspektiven. Nölling diagnostizierte zugespitzt, Deutschland sei nicht nur ein demographisch alterndes sondern „ein geistig altes Land“. Seinen Worten zufolge schlägt sich das vor allem in einer geminderten Risikobereitschaft und mangelnder Phantasie bei Unternehmern,

Wissenschaftlern, Politikern und Beamten nieder. Schily sprach in diesem Zusammenhang von einem „Buddenbrock-Syndrom“. Der Jenaer Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften, Peter Oberender, gab sich damit nicht zufrieden und machte für die Wirtschaftskrise auch eine „Krise der Demokratie und der Elitenauswahl“ verantwortlich.

Gleichgültig wie die Akzente auf diesem Feld auch gesetzt wurden: Die Teilnehmer bestätigten im Grunde eine Einsicht von Bundeskanzler Helmut Kohl, der in seinem großen Standortbericht im Herbst 1993 eine „Generalinventur der deutschen Gesellschaft“ gefordert hatte: Jeder muß wissen, daß die Prioritäten neu bestimmt, Gewohnheiten geändert und Ansprüche zurückgesteckt werden müssen.“ Das Fazit, das Oberender am Ende der Tagung zog, zielte in diese Richtung: Auf dem Prüfstand stehen nicht nur Unternehmen, Gewerkschaften und die Wirtschaftsordnung, sondern auch die Verwaltungen und das politische System. Christine Lieberknecht fordert am Ende der Tagung dazu auf, den Wiedervereinigungsprozeß als Chance zu begreifen, auch verkrustete Strukturen in den alten Ländern und ganz Deutschland zu verändern.

KARL-ECKHARD HAHN

geboren 1960 in Göttingen Studium der Geschichte und posteuropäischen Geschichte Studium Staats- und Völkerrecht ist als Mitarbeiter im Thüringer Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten tätig.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 13/ 1994,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>